76. Jahrgang. Nr. 334 — Montag, 18. Juli 1932

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Gegründet 1856

[illegible]

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Straßenkämpfe in Altona – Bisher 12 Tote

Mit Panzerwagen gegen die Kommunisten

Altona, 17. Juli. Bei einem Aufmarsch der Nationalsozialisten in Altona kam es am Sonntagnachmittag zu blutigen Zusammenstößen mit Kommunisten. Wie Augenzeugen berichten, gaben die Kommunisten, als der nationalsozialistische Zug die Straßen des Arbeiterviertels passierte, Schüsse aus den Häusern und von den Dächern auf die Zugteilnehmer ab. Mehrere Nationalsozialisten brachen schwer verletzt zusammen. In dem Zug entstand eine ungeheure Verwirrung. Die marschierenden Kolonnen lösten sich teilweise auf, während der Rest gegen die Angreifer vorzugehen versuchte. Die anrückende Polizei wurde ebenfalls aus den Häusern heraus beschossen, so daß sie gezwungen war, das Feuer zu erwidern.

Erkundigungen im Altonaer Krankenhaus haben ergeben, daß bis 22 Uhr 55 Verletzte, darunter fast nur Schwerverletzte, eingeliefert worden sind. Von ihnen sind fünf ihren Verletzungen erlegen. Ferner sind fünf Tote eingeliefert worden, so daß sich die Gesamtzahl der Toten bei den Unruhen auf 10 stellt. Unter den Verletzten befinden sich auch 8 Frauen, die zum Teil sehr schwere Verletzungen davongetragen haben.

Wie wir auf Anfrage bei der NSDAP. in Altona erfahren, sind auf seiten der Nationalsozialisten bei den blutigen Vorgängen am Sonntag zwei Tote und 30 Verletzte zu verzeichnen.

Um 22 Uhr gibt das Polizeipräsidium einen Bericht aus, in dem es u. a. heißt, daß die Zwischenfälle offenbar auf ein

planmäßiges Vorgehen der antifaschistischen Aktion

zurückzuführen seien, welche bereits am Sonnabend durch Flugblätter zu Störungen des Aufmarsches aufgefordert hatte. In der Gegend der Hamburger Grenze wurden der Demonstrationszug und die ihn begleitenden Polizeimannschaften von Dächern, Balkonen und aus Häusern heraus beschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer und nahm sofort Haussuchungen vor, ohne jedoch die Täter festnehmen zu können. Insgesamt fielen hier rund 150 Schüsse. Die Altonaer Polizei setzte alle verfügbaren Kräfte ein, u. a.

auch zwei Panzerwagen.

An der Altonaer Grenze wurde außerdem ein Kommando Hamburger Polizei um Hilfeleistung gebeten. In der „Kleinen Freiheit" hatte man versucht, durch Querstellen von Kohlenwagen Hindernisse zu schaffen, von denen aus die Polizeibeamten beschossen worden sind. In der Adolfstraße wurde eine Straßenbahn angehalten, Führer und Passagiere zum Aussteigen gezwungen und der Wagen laufen gelassen. Der Straßenbahnverkehr war nördlich der Großen Bergstraße, in der Reichenstraße bis zur Hamburger Grenze vollkommen lahmgelegt, an vielen Straßenbahnen waren die Scheiben durch Schüsse zertrümmert. Trotz Einsatzes von Panzerwagen fuhren die kommunistischen Dachschützen fort, auf die Polizei zu feuern. Ganze Straßenzüge mußten von der Polizei Haus für Haus abgesucht werden, und eine große Anzahl von Personen — man spricht von über 200 — wurden zwangsgestellt und ins Polizeipräsidium gebracht. Die Polizeiaktion dauerte bis in den späten Abend, da sich überall noch Ansammlungen bildeten, vor allem vor den politischen Verkehrslokalen.

*

Wie die Polizei auf Anfrage mitteilt, herrscht zur Zeit (gegen Mitternacht) wieder vollkommene Ruhe in Altona. Eine Bestätigung von amtlicher Stelle, über eine von privater Seite gemeldeten Zahl von 12 Toten ist nicht zu erlangen, doch rechnet man auch an amtlicher Stelle mit der Möglichkeit, daß die Zahl der Todesopfer sich tatsächlich auf zwölf beläuft.

Erneut Reichswehr eingesetzt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Juli. Zu schweren kommunistischen Ausschreitungen kam es in der Nacht zum Sonntag in der märkischen Ortschaft Ketschendorf bei Fürstenwalde. Da der Polizeischutz nicht ausreichte, die Ruhe wieder herzustellen, sah sich der Potsdamer Regierungspräsident veranlaßt, einen Zug der 1. Eskadron des Fürstenwalder Reiterregiments Nr. 9 anzufordern. Das bloße Erscheinen der Reichswehr, die ihre Maschinengewehre vor dem Lokal aufstellte, in das sich die Kommunisten zurückgezogen hatten, genügte, um die Kommunisten zur Aufgabe jedes weiteren Widerstandes zu bewegen.

Die Fürstenwalder Nationalsozialisten hatten am Sonnabend an einer Veranstaltung in einer nahegelegenen Ortschaft teilgenommen. Von dort wollte sie sich nach Fürstenwalde zurückbegeben, um an einer Kundgebung, in der Gregor Straßer sprechen wollte, teilzunehmen. Etwa 150 Berliner Kommunisten, die mit verschiedenen Fahrzeugen nach Ketschendorf gekommen waren, verteilten sich entlang der Chaussee, auf der Bauarbeiten ausgeführt werden, und rollten vollgefüllte Teerfässer in die Mitte des Fahrdammes, um so die Kraftwagen der Nationalsozialisten anzuhalten. Als die Lastkraftwagen bremsten, schossen die Kommunisten von allen Seiten. Die Nationalsozialisten sprangen daraufhin vom Wagen ab und nahmen den Kampf auf.

Vier Nationalsozialisten wurden ziemlich schwer verletzt.

Inzwischen griff auch herbeigerufene Polizei ein. Die Kommunisten zogen sich in ein Lokal in Ketschendorf zurück und verbarrikadierten sich hier, so daß ihre Festnahme durch die Polizei unmöglich war. Da weitere Polizeibeamte im Augenblick nicht zur Verfügung gestellt werden konnten, beschloß der Regierungspräsident, den man inzwischen über die Vorgänge benachrichtigt hatte, das Fürstenwalder Reiterregiment Nr. 9 um Hilfe zu ersuchen. Als kurz danach die 1. Eskadron mit Maschinengewehren anrückte und vor der Gastwirtschaft, in der die Kommunisten sich verbarrikadiert hatten, Aufstellung nahm, kamen die Kommunisten heraus, entfernten selbst die Hindernisse und ließen sich ohne jeden Widerstand abführen. Man fand bei den Kommunisten zahlreiche Revolver und Brownings sowie Dolche, Schlagringe, Gummiknüppel und größere Posten Munition. Die Reichswehr war, ohne daß sie aktiv eingegriffen hätte, gleich nach der Festnahme der Kommunisten wieder abgerückt.

Auch in Berlin selbst

ereigneten sich in der Nacht zum Sonntag wieder zahlreiche politische Zusammenstöße, die auch ein Todesopfer forderten. An der Ecke der Hollmann- und der Alten Jakobstraße wurde gegen 2 Uhr nachts der 28jährige Nationalsozialist Friedrich Schröder von Kommunisten niedergeschossen und getötet. Eine Autostreife der Polizei, die sich nach dem Tatort begeben wollte, wurde aus den Häusern der Hollmannstraße mit Blumentöpfen und Hausgeräten beworfen. Die Beamten sprangen darauf vom Wagen ab und gaben Schreckschüsse ab. Danach wurde die Straße abgeriegelt und die Häuser nach dem Täter durchsucht. Drei Kommunisten wurden verhaftet.

Zwei Nationalsozialisten bei Greifswald erschossen

Greifswald, 17. Juli. Nach einer nationalsozialistischen Kundgebung kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei denen sieben Nationalsozialisten und ein Kommunist mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Kurze Zeit später wurden heimkehrende Nationalsozialisten auf der Loitzener Landstraße, die an der Greifswalder Kundgebung teilgenommen hatten, von Kommunisten beschossen. 17 SA.-Leute mußten mit Schußverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden, zwei davon, der Greifswalder Student Reinhardt und der Landwirt Massow, sind bereits ihren schweren Verletzungen erlegen.

Weitere Zusammenstöße

Berlin, 17. Juli. Außer in Altona, Berlin und bei Fürstenwalde ist es am Sonntag noch in mehreren anderen Gegenden Deutschlands zu politischen Zusammenstößen und Ausschreitungen gekommen.

In Remscheid wurden am Sonntagnachmittag zwei Nationalsozialisten durch Schüsse verletzt. Die kommunistischen Täter konnten verhaftet werden.

Nach einer nationalsozialistischen Kundgebung am Hermannsdenkmal bei Detmold wurde im Walde auf dem Wege nach Lage in der Nacht zum Sonntag ein Kommunistenlager ausgehoben. Von etwa 100 Mann, die einen Ueberfall auf die Nationalsozialisten planten, wurden 18 verhaftet. Beschlagnahmt wurden Zaunlatten, Bleirohre, Schraubenschlüssel, Messer, Dolche, Revolver und Stahlruten.

Aus Gladbach-Rheydt wird folgendes gemeldet: Auf der Fahrt zu einem nationalsozialistischen Treffen in Wickerath wurde am Sonntag ein Lastkraftwagen mit Steinwürfen empfangen. Die Nationalsozialisten setzten sich zur Wehr, und es kam zu einem schweren Zusammenstoß. Dabei wurden sechs Leute durch Revolverschüsse verletzt.

In Wismar wurden nach einem Werbemarsch der SA. zwei Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen und schwer mißhandelt. Weitere kommunistische Ueberfälle werden aus Neubukow gemeldet.

Schwere Unruhen in Chemnitz

Chemnitz, 17. Juli. Anläßlich des Roten Sportlerfestes kam es am Sonnabend und Sonntag zu einer langen Reihe von schweren Ueberfällen von Kommunisten auf Nationalsozialisten. So wurden u. a. sechzig Nationalsozialisten am Sonnabend überfallen, wobei sich eine schwere Schlägerei entwickelte. Bald darauf kam es zu einem weiteren schweren Zusammenstoß in der Klosterstraße und an der Handwerkerschule. Ein größerer Ueberfall auf Nationalsozialisten erfolgte zwischen 11 und 12 Uhr am Schloßteich durch Kommunisten, wobei zwei SA.-Leute durch Schüsse so schwer verletzt wurden, daß sie in das Küchwald-Krankenhaus gebracht werden mußten. Weitere erhebliche Zusammenstöße erfolgten zu derselben Zeit in der Hainstraße, Sonnenstraße und am Karl-Marx-Platz. Während des Auszuges der Rotsportler am Sonntagvormittag, der etwa 12 000 Personen umfaßte, kam es in der Nähe des alten Arbeitsamtes zu einer Schießerei, deren Zusammenhänge aber noch nicht geklärt sind. Personen wurden dabei nicht verletzt. In der Nähe des Cafés Korso gab ein Kommunist einen Schuß ab. Er wurde festgenommen. Als ein Polizeikommando abfahren wollte, sprang ein Kommunist auf den Wagen und versuchte, einen Beamten vom Wagen herunterzuziehen.

Da die Menge eine drohende Haltung einnahm, mußte die Polizei die Pistolen ziehen.

Der Angreifer konnte schließlich abgeführt werden. Am Ende des Zuges versuchte ein Zugteilnehmer, mit einem mit einer eisernen Spitze versehenen Speer tätlich gegen einen Polizeibeamten vorzugehen, der leicht verletzt wurde. Da auch hier die Menge eine drohende Haltung gegen die Polizei einnahm, mußte diese zwei Schüsse gegen die Menge abgeben, wodurch es gelang, die Ruhe wieder herzustellen.

*

Aus Eibenstock wird ferner gemeldet: Am Sonntag kam es anläßlich einer Tagung der Nationalsozialisten, verbunden mit einem Aufmarsch nationalsozialistischer Formationen, zu verschiedenen Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei denen auf beiden Seiten mehrere Personen verletzt wurden. Sechs Kommunisten wurden verhaftet.

Demonstrationsverbot in Leipzig

Leipzig. Das Polizeipräsidium hat angeordnet, daß am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag dieser Woche keine Demonstrationen in Leipzig stattfinden dürfen. Das Verbot erfolgte, um den Polizeibeamten, die mit der Ueberwachung der Demonstrationen außerordentlich stark in Anspruch genommen sind, einmal Ruhe zu gönnen. Die Amtshauptmannschaft Leipzig wird ebenfalls ein dreitägiges Demonstrationsverbot erlassen. Personen, bei denen bei politischen Versammlungen und Demonstrationen Waffen gefunden werden, werden bis zum Wahltag in Haft behalten werden.

Die Verordnung über den Arbeitsdienst

Berlin, 17. Juli. In einer Verordnung vom Sonnabend hat die Reichsregierung den freiwilligen Arbeitsdienst neu geordnet. Den Gegenstand und Zweck bezeichnet die Verordnung mit den Worten:

„Der freiwillige Arbeitsdienst gibt den jungen Deutschen die Gelegenheit, zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamem Dienste freiwillig ernste Arbeit zu leisten und sich zugleich körperlich und geistig-sittlich zu ertüchtigen."

Nach dem Inhalt der Verordnung müssen die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes gemeinnützig und zusätzlich sein; sie dürfen nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheiten auf dem freien Arbeitsmarkt führen. Träger der Arbeiten sind öffentliche Körperschaften oder sonstige Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Diesen wird es auch obliegen, für das Vorhandensein von geeigneten Arbeiten zu sorgen. Als Träger des Dienstes kommen neben den Trägern der Arbeit Vereinigungen in Betracht, die sich in besonderem Maße für die Betreuung der Arbeitsdienstwilligen eignen. Die Arbeitsdienstwilligen genießen die Vorteile der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes.

In erster Linie sollen junge Deutsche unter 25 Jahren bedacht werden, und zwar von diesen wieder besonders Arbeitslose, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Daneben kommen aber auch Nichtarbeitnehmer in Betracht.

Um eine möglichst einfache und sparsame Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes sicherzustellen, werden die für diesen Zweck bereitstehenden Reichsmittel und Mittel der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einheitlich zusammengefaßt und verwaltet. Um die einheitliche Leitung zu gewährleisten, wird die Reichsregierung einen Reichskommissar, der dem Reichsarbeitsminister untersteht, ernennen. Der Reichskommissar wird von Bezirkskommissaren unterstützt. Als Reichskommissar ist der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, in Aussicht genommen.

Ein neuer Behördenapparat wird nicht geschaffen,

vielmehr stehen die Einrichtungen der Reichsanstalt zur Verfügung. Das Nähere wird durch eine Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers geregelt, die in Kürze erscheint.

Mit der Verordnung verbindet die Reichsregierung folgende Erklärung: Die Reichsregierung hat in der Verordnung vom 16. Juli dem freiwilligen Arbeitsdienst eine neue Verfassung gegeben. Sie behält sich vor, diese entwicklungsfähige und förderungswürdige Einrichtung unter Berücksichtigung der kommenden Erfahrungen weiter auszubauen. Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erstatten. **Das Gutachten wird der Oeffentlichkeit zur Beurteilung zugehen.**

SLUB
Wir führen Wissen.